

Reg.-Bez. Frankfurt a. O. Der Bericht-erfasser schildert die geradezu müttergütlich eingerichteten Rentengüter aus Sorau und Drnsowalde. Wir können die Schilderung wegen ihres großen Umfangs nicht wiedergeben, bemerkt er aber, daß der Quadratmeter Grundfläche um 0,48 bis 0,75 Mk. abgegeben und auch bei der Kapitalbehaftung des weitesten Entgegenkommens gesiegt wird.

Reg.-Bez. Köslin. Aus diesem Bezirk wird berichtet, daß der Bau von kleinen Wohnungen fast gänzlich ruht und bereits ein Mangel an solchen eingetreten sei.

Reg.-Bez. Posen. In 2393 überfüllten Wohnungen wurden 23965 Personen gezählt... 8450 Personen schlafen zu fünfen in einem Raum, zu sechsen oder mehr schlafen 15.033 Personen in einem Raum... In 7916 Wohnungen dient ein und derselbe Raum sowohl zum Bereiten der Mahlzeiten als auch zum Schlafen... Nur 49,7 Prozent der Haushaltungen haben einen Abort zur alleinigen Benutzung... auf einen Abort angewiesen sind drei Haushaltungen in 1949, vier bis sieben Haushaltungen in 656, 13 bis 16 Haushaltungen in 135 und mehr als 16 Haushaltungen in 127 Fällen.

Reg.-Bez. Breslau. Nach Auskunft der Wohnungsinspektion liegen von 1000 Wohnungen 25 im Keller. Die Arbeiter haben meist Wohnungen von einer Stube mit kleiner Küche oder bei größeren Familien von 2 Stuben mit dunklem Vorraum... Die dunklen Vorräume und Kabinette, die häufig die Stelle der Küche vertreten, und in die nie ein Sonnenstrahl dringt, die auch nie gründlich gelüftet werden können, müssen den Kindern vielfach als Schlafräume dienen... Die Wohnungsverhältnisse der Breslauer Arbeiter sind recht übel... In den übrigen Städten des Regierungsbezirks Breslau heißt es in dem Bericht „zumal in den Industrieorten, ist es, soweit der Ausblick reicht, um das Arbeiterwohnwesen im ganzen kaum besser als in Breslau bestellt hier und da eher noch schlimmer.“ Wir können im einzelnen nicht darauf eingehen, bemerkt er aber, daß in der Grafenschaft Glatz nach einer ungefähr 5000 Familien umfassenden Erhebung, von diesen 78 Prozent nur eine Einzimmerwohnung hatten... Die hohe Säuglingssterblichkeit in Reichenbach, Langenbielau und Waldenburg wird auf die Wohnungsnot zurückgeführt.

Reg.-Bez. Hannover. Die Wohnungsmieten sind durch das Darniederliegen der Bautätigkeit und den dadurch hervor getretenen Mangel an Kleinwohnungen noch gestiegen... Die Wohnungsmiete verzehrt für die Mehrzahl der Arbeiter leider einen zu großen Teil des Einkommens, um ihnen die Wahl unter besseren Wohnungen zu ermöglichen.

Reg.-Bez. Sildesheim. In allen Orten mit fortschreitender industrieller Entwicklung macht sich mit der Zeit meist ein Mangel an kleinen Wohnungen für die Arbeiter bemerkbar, der besonders in den Stadtbezirken fühlbar wird. Die Wohn- und Schlafräume der Gesellen und Lehrlinge, besonders bei kleinen Handwerken, geben noch oft Anlaß zu Erinnerungen... In einer Tischlerei schliefen drei Lehrlinge in einem Sargmagazin.

Reg.-Bez. Osnabrück und Aurich. Für die Arbeiter in Orten mit größeren Fabrikbetrieben ist es „eine Lebensfrage“, daß dem Mangel an Wohnungen abgeholfen wird... In den engen Wohnungen mangelt es vielfach an Schlafräumen, auch sonstige Mängel sind vorhanden, die nur durch Umbauten behoben werden können.

Reg.-Bez. Arnberg. Viele Arbeiterwohnungen befinden sich in einem kläglichen Zustand... „Wie groß der Wohnungsmangel ist, mag durch ein Beispiel beleuchtet werden: Das Stahlwerk Gösch (Dortmund) hatte für einen neu eingerichteten Betrieb von auswärts 175 Arbeiter angenommen. Von ihnen konnten 75 die Arbeit nicht antreten, weil es ihnen nicht gelang in Dortmund eine Wohnung zu finden.“

Reg.-Bez. Kassel. Schlecht liegen die Wohnungsverhältnisse in der Stadt Bad Erle. In eng aneinander gebauten, uralten Häusern mit niedrigen, schlecht belichteten, kaum zu lüftenden Räumen, leben dort die Leute, eng eingepfercht, genau noch so, wie dies wohl im Mittelalter in solchen kleinen Städten üblich war. In diesen engen, niedrigen Räumen wird obendrein noch Zigarrenhandarbeit betrieben.

Reg.-Bez. Wiesbaden. In den Industriestädten sind Arbeiterwohnungen sehr gestiegen, sodas es den Arbeitern oft sehr schwer fiel, zu einem ihrem Einkommen angemessenen Preise Wohnung zu finden.

Reg.-Bez. Düsseldorf. In den Großstädten des Bezirks sind die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zur Zeit im allgemeinen wenig befriedigend... Kinderreiche Familien finden nur schwer oder überhaupt keine Unterkunft. Dem Wohnungsmangel entsprechend sind die Mieten hoch... und betragen für den Raum und Monat im Gesamtdurchschnitt 8 Mk., wobei nicht vergessen werden darf, daß nach Ortsgebrauch Küchen, Mansarden usw. als Wohnräume gerechnet werden... In den Arbeitervierteln Düssel-

dorfs kommen durchschnittlich 1,64 Bewohner auf einen Raum, wobei Fälle, in denen Einzimmerwohnungen mit 4, 5, 6, ja bis zu 9 Personen belegt sind, nicht zu den Seltenheiten gehören. Auch ist das Kost- und Quartiergängerwesen stark ausgebildet. Durchweg steht die Zahl der Schlafgänger und der Wohnräume in argem Mißverhältnis.“

Reg.-Bez. Köln. Der Aufwand für Miete beansprucht einen verhältnismäßig hohen Teil des Einkommens, ohne daß die Wohnungen in allen Fällen den Bedürfnissen eines Arbeiterhaushaltes, in genügender Weise Rechnung tragen.“

Aus diesen wenigen Auszügen, die sich naturgemäß aufs knappste beschränken mußten, ist ersichtlich, wie groß die Wohnungsnot ist. Möge darum die preussische Regierung dem Antrag Giesberts Folge geben, damit im Wohnungswesen ganze Arbeit geleistet werden kann. Hilfe ist dringend notwendig.

Die politische Neutralität der Gewerkschaftschriften.

Die „Nachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“ brachte in ihrer Nummer 21 unter obiger Überschrift einen Artikel in welchem versucht wird, den christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen und unserem Verbande im besonderen den parteipolitischen Stempel aufzudrücken. Um ihre Bemühungen zu unterstreichen, griff die „Nachzeitung“ auf einen Vorgang zurück, der sich gelegentlich einer Lohnkommissions-sitzung im Januar 1912 auf unserem Verbandsbüro in Aschaffenburg abgepielt haben soll. „Witten in der lebhaftesten Diskussion — so heißt es in dem Artikel — öffnete sich die Türe und herein trat ein Mann mit einer Leile unter dem Arm, der unseren Aschaffenburg Kollegen als das Vereinsstatutum der politischen Zentrumsorganisation bekannt war.“ Diesen läßt die „Nachzeitung“ sagen: „Ihr habt Euren Beitrag noch nicht bezahlt, ich möchte ihn gerne mitnehmen...“ Weiter heißt es in dem Artikel: „Wir haben später unter uns über diese kleine Episode noch mandmal herzlich gelacht. Das dieser brave Zentrumsmann auch so fürchterlich reintroptisch und uns die längst bekannte Tatsache so deutlich offenbar werden ließ, daß nämlich die politische Wahlarbeit des Zentrums in Aschaffenburg mit christlichen Gewerkschaftsgeldern unterstüzt und gefördert wird, das war für die christlichen Zeugen dieses Intermezzo ein peinlicher Gedanke.“

Mit dieser unbestimmten Darstellung, soll offensichtlich der Zweck verfolgt werden, den Verband als solchen mit dem Vorgang in Verbindung zu bringen, b. h. ihn zu denunzieren, als habe er aus Verbandsmitteln an die Zentrums-partei in Aschaffenburg einen Wahlbeitrag geleistet. Daraufhin gingen der „Nachzeitung“ mehrere Verdrichtigungen zu, die sie in ihrer Nummer 22 zum Ausdruck bringt. Die erste Verdrichtigung lautet:

An die Nachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter Berlin.

Unter Bezugnahme auf Ihre Notiz über „Die politische Neutralität der Gewerkschaftschriften“, auf Seite 198 der Nummer 21 vom 23. 5. 1914 erlaube ich hiermit unter Bezugung auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Erklärung:

Ihre Angabe, der Verband christlicher Schneider habe jemals, speziell im Jahre 1912, der Zentrums-partei in Aschaffenburg irgend einen Wahlfondsbeitrag bezahlt, ist unrichtig.

Die Zentrums-partei hat den genannten Verband noch niemals um einen Wahlbeitrag angegangen, noch aus dessen Kasse je einen Wahlfondsbeitrag erhalten.

Aschaffenburg, den 25. Mai 1914.

Der Vorsitzende des Zentrumswahlvereins Dr. Gert.

Die zweite Verdrichtigung lautet:

In dem Artikel: „Die politische Neutralität der Gewerkschaftschriften“ in Nummer 21 der „Nachzeitung“ für Schneider wird u. a. behauptet: in Aschaffenburg sei die politische Wahlarbeit des Zentrums mit christlichen Gewerkschaftsgeldern unterstüzt und gefördert worden.

Diese Behauptung ist un wahr. Weber aus der Hauptkassse noch aus den Lokalkassen des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufs Deutsche in Aschaffenburg ist jemals ein Betrag für Wahlzwecke an irgend eine politische Partei gezahlt worden.

H. Schwarzmann,

1. Vorsitzender des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufs Deutschlands, zugleich in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Schneider-Zeitung“.

Endlich ging der „Nachzeitung“ noch eine dritte Verdrichtigung zu, die sie wohl erwähnt, aber nicht zum Ausdruck bringt. Diese hat folgenden Wortlaut:

An die Redaktion der „Nachzeitung“ für Schneider und Wäschearbeiter

Berlin S. O. 10, Michaelkirchplatz 15.

Unter Bezugnahme auf Ihren Bericht über „Die politische Neutralität der Gewerkschaftschriften“ in Nr. 21 vom 23. Mai 1914, Seite 198 der „Nachzeitung“ erlaube ich Sie hiermit unter Bezugung auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Erklärung:

1. Es ist un wahr, daß in Aschaffenburg seitens des christlichen Schneiderverbandes an die politische Zentrumsorganisation jemals ein Wahlbeitrag geleistet wurde.

2. Es ist un wahr, daß die politische Wahlarbeit des Zentrums in Aschaffenburg mit christlichen Gewerkschaftsgeldern unterstüzt und gefördert wird.

3. Es ist un wahr, daß seitens der politischen Zentrumsorganisation in Aschaffenburg jemals an die christl. Gewerkschaften das Ersuchen um Zahlung irgend eines Wahl- oder sonstigen Beitrages gestellt wurde.

Aschaffenburg, den 25. Mai 1914.

J. A. der Zahlstelle Aschaffenburg des Verbandes christl. Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufs: Verh. Wöder.

3. A. der Bezirksleitung des christl. Schneiderverbandes, Bezirk Aschaffenburg: Verh. Wöder, Bezirksleiter.

Weil die „Nachzeitung“ zur Abschwächung der Verdrichtigungen nichts positives anführen kann, greift sie, um doch etwas zu sagen, auf einen Bericht des „Wobadner am Rhein“ zurück, den dieser über die Begrüßungsfeier zu unserer im Jahre 1908 in Aschaffenburg stattgefundenen Generalversammlung brachte. Und weil sie dort einige Namen von Bürgern und Geistlichen, die als Gäste anwesend waren und sich zur Zentrums-partei bekennen, angeführt findet, muß der christliche Schneiderverband nach der Logik der „Nachzeitung“ politisch sein. Der Artikel-schreiber mag sich wohl bei der Wiederberichterstattung seines Artikels gedacht haben: Es ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum. Zum Schluß ihres Artikels bringt die „Nachzeitung“ folgende Interpellation, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu bringen:

„Für so ungläublich beschränkt halten wir die Christen wirklich nicht, daß sie in ihren Lucretiusabrechnungen solche Gelder ausdrücklich als: „Wahlbeitrag für die Zentrums-partei rubrizieren. Es gibt noch andere Möglichkeiten, z. B. „Was man nicht rubrizieren kann, sieht man leicht als „Diverses an.“ Mit diesem Satz hat die Redaktion der „Nachzeitung“ eigentlich eine Dummheit begangen, denn ein bekanntes Sprichwort sagt: „Man sucht niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter steht.“ Der „Nachzeitung“ wird es nie gelingen, den christlichen Gewerkschaften nachzuweisen, daß diese für Parteizwecke Gelder gegeben haben, ebensowenig wie sie beitreten kann, daß dies seitens der „freien“ Gewerkschaften für die sozialdemokratische Partei geschieht.

Die „freien“ Gewerkschaften waren von jeher schon die meißende Kuh für die sozialdemokratische Partei. Bis vor noch nicht allzu langer Zeit fanden sich in den Einnahmelisten der sozialdemokratischen Partei unter dem Decknamen „Rann im Mond“ recht ansehnliche Posten aufgeführt über deren Herkunft nur wenige Vertraute wußten. Es waren dies die Lebenshülle aus dem Verbandsorgan der Tabakarbeiter und einiger anderer Verbände, welche diesen „diversen“ Einnahmeposten der sozialdemokratischen Partei bildete.

Ein Spitzel- und Denunziantentum

haben die „Genossen“ organisiert, um Material für den politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften zusammen zu bringen. Weil eine Reihe von Christen und Verbänden im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager von den Behörden als politische Vereine erklärt wurden, suchen sich die Gewerkschaftsgenossen nun damit aus der Schlinge zu ziehen, daß sie in den anderen Organisationsrichtungen Mitschuldige ausfindig machen wollen. In der sozialdemokratischen Gewerkschafts-presse wurde gang offen dazu aufgefordert, Material für den angeblich politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften zu sammeln, und in einer Berliner Vertrauensmänner-versammlung richtete der Abgeordnete W. Seine an seine „Genossen“ folgende Aufforderung: Wir müssen den Kleinimpf schützen. Durch planmäßiges Vorgehen gegen die Organisationen unserer Gegner müssen wir die Behörden ins Unrecht setzen. Also, Parteigenossen, geht überall vor gegen Gelbe und Christliche. Teilt Euren Beratern alles mit, was Ihr an Verlegungen des Vereinsgesetzes auf jener Seite erfahrt! Rücksichtslos wollen wir unsere Gegner bloßstellen und sehen, ob es nicht wieder gelingen sollte, dem Grundloß: Gleiches Recht für alle, Geltung zu verschaffen.“

Somit schimpfen die sozialdemokratischen Blätter mit der höchsten Entzückung über das Spitzel- und Denunziantentum, aber hier, wo es sich um die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften handelt, greift man zu demselben schmutzigen Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Der Erfolg dieser Spitzelerei wird aber gleich Null sein, das können wir den „Genossen“ schon im voraus versichern. Die ersten Resultate ihrer krasphematischen Bemühungen haben schon in einem langen Artikel der sozialdemokratischen Presse das Licht der Welt erblickt. Die Fälle, die dort als angeblicher „Beweis“ für den politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften aufgeführt werden, sind völlig belanglos und so nichtig, daß sich eine eingehende Erörterung vollständig erübrigt. Dafür, was einzelne politische Redner gesagt oder politische Zeitungen geschrieben haben, tragen die christlichen Gewerkschaften absolut keine Verantwortung. Für die Beurteilung ihres Charakters kann einzig und allein das maßgebend sein, was von den zuständigen Instanzen erklärt, beschlossen oder praktisch getan wurde. Die christlichen Gewerkschaften, haben sich stets in den für wirtschaftliche Vereine